



**Geschäftsführung  
Ausschuss Allgemeine Verwaltung  
und Rechtsfragen / Vergabe /  
Internationales**

Frau Schuster

Telefon: (0221) 221 30205

Fax: (0221) 221 26565

E-Mail: janina.schuster@stadt-koeln.de

Datum: 21.11.2018

## **Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 12.11.2018, 17:02 Uhr bis 18:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (B 121), Rathaus Spanischer Bau

### **Anwesend waren:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP

#### **Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Jörg Frank GRÜNE i. V. f. Herrn Hans Schwanitz

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Christer Cremer	Auf Vorschlag der AfD
Herr Thomas Hilden	auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Thomas Hegenbarth	BUNT
Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Kreis e.V.

Frau Dr. Annette Wittmütz	auf Vorschlag der SPD
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU
Herr Christoph Schmitz	CDU
Frau Alexandra Staufenbiel	auf Vorschlag der CDU
Herr Tjark Sauer	Linke

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Björn Blank	SC Janus e.V.

### **Verwaltung**

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller	
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	
Frau Andrea Ziegenhan	
Herr Markus Löhner	Personal- und Verwaltungsmanagement (11/0)
Herr Dr. Andreas Engel	Amt für Informationsverarbeitung (12)
Herr Johannes Feyrer	Feuerwehr Köln (37)
Frau Dr. Monique Offelder	Kommunalverfassungsrecht (OB/2)
Herr Wolfgang Büscher	Amt für öffentliche Ordnung (32)
Herr Frieder Wolf	Internationale Angelegenheiten (OB/5)

### **Gleichstellungsbeauftragte**

Frau Petra Engel

### **GPR**

Herr Jörg Dicken

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	vertreten durch Herrn Jörg Frank
---------------------	-------	----------------------------------

### **Beratende Mitglieder**

Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Markus Wiener	
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE

Herr Petelkau begrüßt die Anwesenden und trägt die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung vor:

- 1.1 Vorstellung des Gleichstellungsplans 2019 bis 2023  
3397/2018
- 4.4 Auszeichnung für das GrowSmarter Projektgebiet Stegerwaldsiedlung  
3643/2018
- 4.5 Sachstand zum Projekt Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe  
3437/2018
- 4.6 Gestaltung der städtischen Maßnahmen zu Silvester 2018  
3685/2018
- Zu TOP 6.1 Stellungnahme der Verwaltung vom 02.11.2018  
3283/2018
- 6.3 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Konzessionserteilung für Gaststätten und Außengastronomie" zur Sitzung am 12.11.2018  
AN/1563/2018
- 6.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Förderrichtlinien für die Mittel zur Unterstützung und Förderung des Jugendaustausches Köln-Tel Aviv" zur Sitzung am 12.11.2018  
AN/1578/2018
- 6.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Umsetzungsstand zum Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (ProstG)" zur Sitzung am 12.11.2018  
AN/1579/2018
- Zu TOP 10.2 Änderungsantrag zu TOP 10.2: Änderungsverordnung zum Kölner Tarif  
2420/2018
- 10.10 Überplanmäßige Aufwendungen in den Teilergebnisplänen 0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung, 0202 – Gewerbeswesen, 0204 – Verkehrs- und KFZ-Wesen, 0205 – Verkehrsüberwachung im Haushaltsjahr 2018  
2934/2018
- 10.11 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren  
3244/2018
- 10.12 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren  
3254/2018
- 13.1 Vertrag zwischen der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kölner Karnevals mbH und der Stadt Köln über die Vermarktung des Zugweges des Rosenmontags-zuges  
3053/2018
- 13.2 Zusätzliche Beschaffung von Feuerwehrhelmen  
3502/2018
- 13.3 Auflösung der Einkaufsgemeinschaft kommunaler Verwaltungen e. G. (EK-VeG) und Beendigung der Mitgliedschaft der Stadt Köln  
3465/2018

Im Anschluss erkundigt sich der Vorsitzende nach Änderungswünschen zur Tagesordnung.

MdR Dr. Elster teilt mit, dass seitens der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf in Bezug auf den TOP 9.1 „Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2014-2018 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2019“ auch vor dem Hintergrund der bereits in den Bezirksvertretungen stattgefundenen Beratungen bestehe. Aus diesem Grund solle der TOP 9.1 zurückgestellt werden.

Weiterhin bestehe auch bei TOP 10.4 „Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages“ noch Beratungsbedarf seitens der CDU-Fraktion, sodass auch dieser TOP zurückgestellt werden solle.

Auch die erst am Sitzungstag freigegebenen Vorlagen zu den TOP 10.11 „3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren“ und 10.12 „6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren“ sollten vor dem Hintergrund des seitens der CDU-Fraktion bestehenden Beratungsbedarfes zurückgestellt werden.

MdR Tokyürek bittet um Zurückstellung des TOP 6.1 „Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend Abschiebungen und Duldungen zur Sitzung am 17.09.2018“ sowie der entsprechenden Stellungnahme der Verwaltung vom 02.11.2018.

MdR Richter teilt bezogen auf TOP 9.1 mit, dass die Bezirksvertretung Innenstadt hierzu bei Enthaltung der FDP-Fraktion einen Beschluss gefasst habe, der nun zu beachten sei. Deshalb schlage er eine Aufnahme in die Tagesordnung der nächsten regulären AVR-Sitzung vor.

Außerdem schlage er vor, TOP 1.1 „Vorstellung des Gleichstellungsplans 2019 bis 2023“ aufgrund von Beratungsbedarfs seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenso wie TOP 5.1 „Änderung in den Geschäftskreisen der Dezernate VI – Stadtentwicklung, Planen und Bauen und VIII – Mobilität und Verkehrsinfrastruktur“ in die nächste reguläre Sitzung zurückzustellen. Weiterhin führt MdR Richter aus, dass die TOP 10.11 „3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren“ und 10.12 „6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren“ möglicherweise auch in der Sondersitzung des AVR am 19.11.2018 behandelt werden könnten, insofern dies auch die CDU-Fraktion favorisiere.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach der Dringlichkeit der beiden TOP 10.11 und TOP 10.12 bei der Verwaltung.

Herr Beigeordneter Dr. Rau ergreift das Wort und teilt mit, dass es im vergangenen Jahr der explizite Wunsch des Rates der Stadt Köln und einiger beteiligter Ausschüsse gewesen sei, die Satzung bereits im November beschlussfähig vorliegen zu haben. Die Verwaltung habe daher im Hinblick auf diesen Wunsch der Politik, die eine Erhöhung der Gebühren auch öffentlich darstellen müsse, die Vorlage noch in die reguläre November-Sitzung des AVR einbringen wollen. Aus diesen Gründen unterstütze er den Vorschlag von MdR Richter, die TOP 10.11 und 10.12 in der Sondersitzung zu behandeln.

Der Vorsitzende weist auf die enge zeitliche Situation für alle Fraktionen hin, die detaillierten Vorlagen bis zur Sondersitzung am kommenden Montag noch in den Arbeitskreisen beraten zu können. Er favorisiere eine Behandlung in der nächsten regulären Sitzung.

MdR Dr. Krupp teilt weiterhin mit, dass er zu TOP 9.1 „Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2014-2018 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2019“ trotz der Intention der Zurückstellung heute einige Nachfragen an die Verwaltung stellen wolle.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller regt an, auch den TOP 9.1 „Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2014-2018 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2019“ in der Sondersitzung zu behandeln, da einige der in der Vorlage angesprochenen Veranstaltungen bereits zu Beginn des Jahres stattfinden sollen.

Der Vorsitzende kündigt an, diesen Vorschlag der Verwaltung noch einmal, ebenso wie die TOP 10.11 und TOP 10.12, in den Fraktionen überdenken zu wollen. Innerhalb von sieben Tagen sei eine umfassende inhaltliche Auseinandersetzung möglicherweise nicht durch die Fraktionen zu leisten.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

- 1.1 Vorstellung des Gleichstellungsplans 2019 bis 2023  
3397/2018
- 1.2 Mündliche Mitteilung der Verwaltung zu den gleichstellungsrelevanten Angelegenheiten

#### **2 Internationales**

- 2.1 Städtepartnerschaftlicher Austausch zum CSD 2018  
3122/2018

#### **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

- 3.1 Anfrage und Anmerkungen zum geplanten Amt für Integration und Vielfalt zum geplanten Amt aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 06.09.2018 bzw. der AVR-Sitzung vom 17.09.2018  
3150/2018

#### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

- 4.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht für die Zeit von 09/2017 - 05/2018  
3010/2018
- 4.2 Humanitäre Hilfen für Menschen aus den Staaten der EU-Osterweiterung  
3432/2018

4.3 Konzept zur Förderung des Ehrenamtes in der Freiwilligen Feuerwehr Köln  
3181/2018

4.4 Auszeichnung für das GrowSmarter Projektgebiet Stegerwaldsiedlung  
3643/2018

4.5 Sachstand zum Projekt Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe  
3437/2018

4.6 Gestaltung der städtischen Maßnahmen zu Silvester 2018  
3685/2018

## **5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

5.1 Änderung in den Geschäftskreisen der Dezernate VI - Stadtentwicklung, Planen und Bauen und VIII - Mobilität und Verkehrsinfrastruktur  
1737/2018

5.2 Neue Stabsstelle Stadtbau im Quartier | Domumfeld mit Wirkung vom 01. März 2018  
2955/2018

## **6 Schriftliche Anfragen**

6.1 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Abschiebungen und Duldungen" zur Sitzung am 17.09.2018  
AN/1280/2018

Stellungnahme der Verwaltung vom 02.11.2018  
3283/2018

6.2 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Fachkräftemangel in der Verwaltung" zur Sitzung am 17.09.2018  
AN/1300/2018

Stellungnahme der Verwaltung vom 20.09.2018  
3079/2018

6.3 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Konzessionserteilung für Gaststätten und Außengastronomie" zur Sitzung am 12.11.2018  
AN/1563/2018

6.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Förderrichtlinien für die Mittel zur Unterstützung und Förderung des Jugendaustausches Köln-Tel Aviv" zur Sitzung am 12.11.2018  
AN/1578/2018

- 6.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Umsetzungsstand zum Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (ProstG)" zur Sitzung am 12.11.2018  
AN/1579/2018

## **7 Mündliche Anfragen**

- 7.1 Personalbericht der Stadt Köln
- 7.2 Nachfragen zur Vorlage 0889/2018, Erfahrungsbericht Vergabe 2014-2018 und neues Vergabekonzept 01.01.2019

## **8 Anträge**

- 8.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Bewachungsleistungen am Rheinboulevard durch die KGAB beauftragen" zur Sitzung vom 17.09.2018  
AN/1324/2018

## **9 Platzvergaben**

- 9.1 Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2014 - 2018 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2019  
0889/2018

## **10 Allgemeine Vorlagen**

- 10.1 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2019 - 31.12.2021  
1616/2018

- 10.2 Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif  
2420/2018

Änderungsantrag zu TOP 10.2: Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif (2420/2018)  
AN/1585/2018

- 10.3 Überplanmäßige Aufwendungen und überplanmäßige Auszahlungen im Haushaltsjahr 2018 - Teilplan - 0209 Ausländerangelegenheiten  
2878/2018

- 10.4 Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages  
2816/2018

- 10.5 Umsetzungsbericht zum Diversity Konzept „2020: Köln l(i)ebt Vielfalt“  
2905/2018
- 10.6 2. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung  
3242/2018
- 10.7 Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv hier; Verlängerung des Verzichts der Stadt Köln auf die Einrede der Verjährung gegenüber den Leih-, Vor- und Nachlassgebern des Historischen Archivs  
3298/2018
- 10.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (SteB); Abwassergebührensatzung  
2019  
3214/2018
- 10.9 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen  
- für das Haushaltsjahr 2018  
3455/2018
- 10.10 Überplanmäßige Aufwendungen in den Teilergebnisplänen 0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung, 0202 – Gewerbeswesen, 0204 – Verkehrs- und KFZ-Wesen, 0205 – Verkehrsüberwachung im Haushaltsjahr 2018  
2934/2018
- 10.11 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren  
3244/2018
- 10.12 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren  
3254/2018

## **11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

### **13 Mitteilungen der Verwaltung**

- 13.1 Vertrag zwischen der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kölner Karnevals mbH und der Stadt Köln über die Vermarktung des Zugweges des Rosenmontagszuges  
3053/2018
- 13.2 Zusätzliche Beschaffung von Feuerwehrhelmen  
3502/2018



13.3 Auflösung der Einkaufsgemeinschaft kommunaler Verwaltungen e. G. (EK-VeG) und Beendigung der Mitgliedschaft der Stadt Köln  
3465/2018

**14 Schriftliche Anfragen**

**15 Mündliche Anfragen**

15.1 Anfrage zum Sachstand Kalkberg

15.2 Anfrage zum Thema E-Tankstellen in Köln

**16 Anträge**

**17 Allgemeine Vorlagen**

17.1 Öffentliche Ausschreibung des Weihnachtsmarktes auf dem Rudolfplatz im Zeitraum 2019 - 2023  
2805/2018

17.2 Einwohnerwesen - Bedarfsfeststellung zur Fortführung des bestehenden Softwarepflege- und Wartungsvertrages für das Einwohnerwesen MESO  
3322/2018

17.3 Durchführung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrages für die Lieferung von Plaketten für die Kfz-Zulassungsstelle  
3088/2018

17.4 Vertrag mit bonnorange AöR zur Übernahme des Telefonservices durch das von der Stadt Köln betriebene Bürgertelefon (Anschlussvertrag)  
3148/2018

17.5 2-Jahres-Rahmenvertrag zur Lieferung von EZ-IO-Intraossär-Medizinprodukten und Trainingszubehör  
3188/2018

17.6 Bedarfsfeststellung und Beauftragung für eine neue erweiterte Beschaffungsplattform  
3236/2018

17.7 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 21 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 23-  
3274/2018

- 17.8 Bedarfsfeststellung zur Beteiligung an der KDN-Rahmenvereinbarung mit SAP (Migration auf SAP Hana Datenbank)  
3548/2018
  
- 17.9 Zusätzliche Beschaffung von Feuerwehrhelmen

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **1.1 Vorstellung des Gleichstellungsplans 2019 bis 2023 3397/2018**

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt MdR Richter vor, die Vorlage zurückzustellen. Hintergrund sei ein Beratungsbedarf seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

#### **Beschluss:**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **1.2 Mündliche Mitteilung der Verwaltung zu den gleichstellungsrelevanten Angelegenheiten**

Frau Engel ergreift das Wort und informiert über eine im Dezember 2018 bevorstehende Veranstaltung zum Thema Gender Budgeting, wozu sie den Anwesenden einen Informationsflyer ausgeteilt habe. Die Veranstaltung stehe im Kontext der Städtepartnerschaft zwischen Tel Aviv und Köln und sei in Zusammenarbeit mit dem Städtepartnerschaftsverein Tel Aviv, Frau Möller und dem Arbeitskreis der Kölner Frauenvereinigung organisiert worden. Man erwarte im Dezember 2018 eine Delegation in Köln, mit der man sich über die Themen Gleichstellung, Gender Budgeting und Gender Mainstreaming austauschen werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **2 Internationales**

#### **2.1 Städtepartnerschaftlicher Austausch zum CSD 2018 3122/2018**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

#### **3.1 Anfrage und Anmerkungen zum geplanten Amt für Integration und Vielfalt zum geplanten Amt aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 06.09.2018 bzw. der AVR-Sitzung vom 17.09.2018 3150/2018**

MdR Richter ergreift das Wort und teilt mit, dass der aktuelle TOP 3.1 auch in Verbindung mit den TOP 4.1 und 10.5 zu sehen sei, da auch die personelle Ausstattung des neuen Amtes für Integration und Vielfalt im Bereich LST und Behindertenpolitik tangiert werde. Er verweise hierzu auch auf die im Ausschuss für Soziales und Senioren

gestellte Anfrage sowie auf die Ausführung von Herrn Spröde in der letzten AVR-Sitzung.

Aus Sicht seiner Fraktion sehe man hier noch Nachholbedarf, zunächst müsse jedoch das neue Amt erst einmal geschaffen werden. Insofern man den Tätigkeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik oder den Diversity-Bericht betrachte, so verdeutliche sich an einigen punktuellen Lücken der zusätzliche Personalbedarf. Man wolle seitens seiner Fraktion verfolgen, ob die an dieser Stelle im AVR zugesagte Überprüfung des Personalbedarfes in 2019 auch erfolge, denn man habe eigentlich gehofft, die anvisierten 2,5 Mehrstellen bereits im aktuellen Stellenplan zusetzen zu können.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

#### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

##### **4.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht für die Zeit von 09/2017 - 05/2018 3010/2018**

Herr Adolf äußert sich zum Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Zeit von 09/2017 bis 05/2018, über den man bereits im Ausschuss für Soziales und Senioren intensiv berichtet habe. Aus diesem Grund wolle er nur eine kurze Zusammenfassung über die erreichten Ergebnisse mitteilen. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik habe wahrgenommen, dass die Haltung, die Offenheit und das Bewusstsein der Stadt Köln sich stetig verbessere. Allerdings stelle man weiter fest, dass es sich bei dem Bereich der Behindertenpolitik um eine Querschnittsaufgabe mit massivem Volumen handle, sodass man sich seitens der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nur um einige punktuelle Themen kümmern könne. Folglich nehme man auch wahr, dass einige Projekte nur aufgrund von Nachfragen seitens der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik realisiert worden seien. Dennoch sei man guten Mutes, dass sich das Engagement der Stadt Köln im Bereich der Behindertenpolitik weiter verbessere und sich das allgemeine Bewusstsein für die Thematik noch weiter sensibilisiere.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

##### **4.2 Humanitäre Hilfen für Menschen aus den Staaten der EU-Osterweiterung 3432/2018**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

##### **4.3 Konzept zur Förderung des Ehrenamtes in der Freiwilligen Feuerwehr Köln 3181/2018**

Der Vorsitzende ruft TOP 4.3, das Konzept zur Förderung des Ehrenamtes in der Freiwilligen Feuerwehr Köln auf, und weist darauf hin, dass hierzu bereits ein Lob in der Presse zu vernehmen gewesen sei und auch eine ausführliche Vorstellung im Gesundheitsausschuss erfolgt sei. Dennoch sei er erfreut, dass auch an dieser Stelle nochmals Raum zur Thematisierung des Konzeptes geschaffen werde, um insbeson-

dere das wichtige Thema Ehrenamt und die Gewinnung von neuen Freiwilligen als Fortsetzung der bisherigen Verwaltungsbemühungen zu priorisieren.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller äußert, dass auch er sehr dankbar sei, dass in einem engen Schulterschluss und in Zusammenarbeit zwischen Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr das vorliegende Konzept erstellt werden konnte. Der gerade beschlossene Haushalt stelle zudem auch die finanziellen Mittel bereit, um das Konzept nun auch umzusetzen.

Das Konzept bringe auch ein Stück weit die Wertschätzung der Verwaltung gegenüber diesem herausragenden ehrenamtlichen Engagement der Freiwilligen Feuerwehr zum Ausdruck. Es beinhalte ein ganzes Bündel von Maßnahmen, deren Umsetzung in den nächsten Jahren sukzessive erfolgen müsse. Auf diese Weise lege man den Grundstein für eine leistungsfähige freiwillige Feuerwehr, die auch einen elementaren Bestandteil der städtischen Sicherheitsarchitektur ausmache. All diejenigen Menschen, die sich in der Freiwilligen Feuerwehr engagieren, seien ein zentraler Bestandteil des Brandschutzes sowie des Feuerwehrwesens in Köln und tragen somit zur Sicherheit Kölns und der Kölnerinnen und Kölner bei. Aus diesen Gründen müsse die Stadtverwaltung stets darum bemüht sein, die Rahmenbedingungen für dieses freiwillige Engagement möglichst optimal zu gestalten, weshalb nach Verabschiedung der entsprechenden Haushaltsmittel nun unmittelbar mit der Umsetzung der im Konzept genannten Maßnahmen begonnen werden müsse.

MdR Joisten bedankt sich ebenfalls für das umfassende und sehr gelungene Konzept, welches ein wichtiger und guter Beitrag zum Fortbestand der Freiwilligen Feuerwehr in Köln sei. Da die Freiwillige Feuerwehr einen ganz erheblichen Anteil an der Sicherheitsarchitektur Kölns habe, sei es daher angemessen, dieser auch eine entsprechende Wertschätzung entgegenzubringen und die Voraussetzungen für eine weitere Motivation von Freiwilligen in der Zukunft zu schaffen. Schließlich würden die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt nicht einfacher, was vor allem diejenigen Menschen spüren, die sich neben ihrem Beruf noch zu solch flexiblen Zeiten ehrenamtlich engagieren, die die Struktur der Freiwilligen Feuerwehr erfordere.

Er wünsche sich nun eine erfolgreiche Umsetzung des Konzeptes in der Praxis mit konkreten Auswirkungen auf das Ehrenamt der Freiwilligen Feuerwehr. An vielen Stellen erlebe er hier große Herausforderungen und Begleiterscheinungen, die nun auch durch das Konzept erfasst werden würden. Durch Bereitstellung entsprechender Personalressourcen für die Schaffung der Rahmenbedingungen seitens der Verwaltung sollten sich die ehrenamtlich tätigen Menschen künftig auf ihre eigentliche Kernarbeit konzentrieren können. Insbesondere zu garantieren sei hier die Arbeit mit jungen Menschen und die Motivation dieser für die künftige Ausübung des Ehrenamtes. Deshalb ergehe hier auch ein klarer Arbeitsauftrag an die Verwaltung, die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr sicherzustellen.

MdR Dr. Elster bedankt sich ebenfalls für die Ausarbeitung des Konzeptes und stellt insbesondere die beeindruckende Kinder- und Jugendarbeit in der Freiwilligen Feuerwehr heraus. Die hierzu angeführten Zahlen über die Existenz von ca. 400 in 24 Jugendgruppen engagierten Kindern und Jugendlichen seien eine tolle Entwicklung. Eine solche Nachwuchsarbeit sei letztlich der Grundstein dafür, dass eine Freiwillige Feuerwehr überhaupt ermöglicht werde. Hier in Köln verspüre man dankenswerterweise nicht, wie in anderen Kommunen der Fall, einen Rückgang von freiwillig engagierten Kindern und Jugendlichen.

Er wolle bei der Verwaltung diesbezüglich nachfragen, wie viele Kinder und Jugendliche durch die Kinder- und Jugendarbeit für einen Übertritt in den aktiven Dienst gewonnen werden können.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass Frau Sonja Götz, Stadtjugendfeuerwehrwartin in Köln, heute anwesend sei und dieser daher das Wort zu erteilen sei.

Frau Götz stellt sich kurz in ihrer Funktion als ehrenamtliche Stadtjugendfeuerwehrwartin vor. In ihrer ehrenamtlichen Arbeit werde sie durch entsprechende Schnittstellen bei der Berufsfeuerwehr unterstützt. Man könne durchschnittlich davon ausgehen, dass man pro Jugendfeuerwehreinheit spätestens alle zwei Jahre ein Mitglied aus der Jugendfeuerwehr für die Freiwillige Feuerwehr gewinne. Summiert seien dies zwischen 26 bis 35 junge Menschen pro Jahr, die Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr werden, wobei natürlich auch entsprechende Abgänge zu verzeichnen seien. Diesen habe man jedoch vor einigen Jahren bereits dadurch erfolgreich entgegengewirkt, indem man eine Modulausbildung für 16-jährige Jugendliche etabliert habe, die den fließenden Übergang in den aktiven Dienst ermögliche.

Herr Hegenbarth bedankt sich ebenfalls für die gelungene Konzeptionierung. Er wolle jedoch nochmals an eine vergangene Anfrage zum Thema Kinderfeuerwehr erinnern. Auch das Konzept weise darauf hin, dass es auch in Köln nun die Einrichtung einer Kinderfeuerwehr gebe und diese auch weiter sukzessive voranzutreiben sei. Er vermisste jedoch Angaben zu den konkreten Zeitfenstern, die diesbezüglich verfolgt werden sollen und bittet die Verwaltung um Mitteilung dieser.

Frau Götz antwortet, dass es derzeit Pilotprojekte gebe, in denen die Umsetzung einer Kinderfeuerwehr erprobt werde. Derzeit befinde sich beispielsweise in Rodenkirchen eine Kinderfeuerwehr in der Gründung, die über unmittelbare Schnittstellen zu den dortigen Schulen und Kindergärten verfügen soll. Natürlich erfordere die konkrete Umsetzung der damit verbundenen Ideen stets einen gewissen Zeitraum, da auch entsprechende Mittel bereitgestellt und letztlich auch die pädagogische Ausbildung ermöglicht werden müssen. Insbesondere beim Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule müsse entsprechendes pädagogisches Personal zur Verfügung stehen, um eine Betreuung der Kinder in der Kinderfeuerwehr sicherzustellen. Aus dieser Perspektive sei es momentan auszuschließen, dass die Betreuerinnen und Betreuer der Jugendfeuerwehren auch zusätzlich die Kinderfeuerwehr betreuen. Im Moment schaffe man diesbezüglich entsprechende Strukturen, wobei ein Herantreten entsprechend interessierter Eltern und Pädagogen an die Freiwillige Feuerwehr stets zur Weiterentwicklung der Ideen begrüßt werden würde.

Der Vorsitzende bedankt sich nochmals für die gelungene Konzeptionierung. Auch er sei aus Tradition Fördermitglied der Jugendfeuerwehr Dünnwald und schätze die Jugendarbeit in der Freiwilligen Feuerwehr sehr. Diese mache die Zukunft für die Sicherheit Kölns aus, weshalb im überparteilichen Konsens die kontinuierliche Nachwuchsarbeit in den Ausschüssen und im Rat der Stadt Köln weiterhin stetig zu unterstützen sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.4 Auszeichnung für das GrowSmarter Projektgebiet Stegerwaldsiedlung 3643/2018**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.5 Sachstand zum Projekt Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe 3437/2018**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.6 Gestaltung der städtischen Maßnahmen zu Silvester 2018 3685/2018**

MdR Dr. Krupp ergreift das Wort. Bei der Vorlage „Gestaltung der städtischen Maßnahmen zu Silvester 2018“ unter TOP 4.6 handle es sich um eine Mitteilung, die erst am Tag der Sitzung freigegeben worden sei. Er möchte zu Protokoll geben, dass die Mitteilung daher als Tischvorlage erstmals den Ausschussmitgliedern bekannt geworden und aus diesem Grund keine inhaltliche Auseinandersetzung möglich gewesen sei. Er regt an, die Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen, auch wenn bis dahin die Planungen zu den Silvesterfeierlichkeiten in Köln sicherlich weiter vorangeschritten seien. Ggf. könne die Mitteilung auch in einen anderen Ausschuss eingebracht werden.

MdR Richter schlägt vor, die Mitteilung in der Sondersitzung am 19.11.2018 zu behandeln.

MdR Dr. Elster regt an, die Mitteilung in die Bezirksvertretung Innenstadt zu geben.

Der Vorsitzende kündigt an, die Behandlung der Mitteilung in der Sondersitzung prüfen zu wollen. Ansonsten erfolge eine Behandlung in der nächsten regulären Sitzung am 10.12.2018.

Der Ausschuss stellt die Mitteilung zurück.

### **5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

#### **5.1 Änderung in den Geschäftskreisen der Dezernate VI - Stadtentwicklung, Planen und Bauen und VIII - Mobilität und Verkehrsinfrastruktur 1737/2018**

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt MdR Richter vor, die Vorlage zurückzustellen. Hintergrund sei ein erweiterter Beratungsbedarf seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

#### **Beschluss:**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **5.2 Neue Stabsstelle Stadtbau im Quartier | Domumfeld mit Wirkung vom 01. März 2018 2955/2018**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **6 Schriftliche Anfragen**

### **6.1 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Abschiebungen und Duldungen" zur Sitzung am 17.09.2018 AN/1280/2018**

**Stellungnahme der Verwaltung vom 02.11.2018  
3283/2018**

MdR Tokyürek hat vor Eintritt in die Tagesordnung darum gebeten, den Tagesordnungspunkt zur nächsten AVR-Sitzung am 10.12.2018 zurückzustellen.

### **6.2 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Fachkräftemangel in der Verwaltung" zur Sitzung am 17.09.2018 AN/1300/2018**

**Stellungnahme der Verwaltung vom 20.09.2018  
3079/2018**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

### **6.3 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend "Konzessionserteilung für Gaststätten und Außengastronomie" zur Sitzung am 12.11.2018 AN/1563/2018**

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

### **6.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Förderrichtlinien für die Mittel zur Unterstützung und Förderung des Jugendaustausches Köln-Tel Aviv" zur Sitzung am 12.11.2018 AN/1578/2018**

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

### **6.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Umsetzungsstand zum Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (ProstG)" zur Sitzung am 12.11.2018 AN/1579/2018**

Hierzu liegt noch keine Beantwortung der Verwaltung vor.

## **7 Mündliche Anfragen**

### **7.1 Personalbericht der Stadt Köln**



MdR Dr. Krupp stellt eine mündliche Anfrage zum Thema Personalbericht der Stadt Köln. Dieser werde bekanntermaßen jährlich umfangreich und detailliert erstellt. In den vergangenen Jahren sei er jedoch stets als Mitteilung in den AVR eingebracht worden, sodass eine Beratung im Ausschuss möglich gewesen sei. In diesem Jahr sei er den Fraktionen allerdings unmittelbar zur Verfügung gestellt worden, wofür er sich im Namen seiner Fraktion bedanken möchte. Jedoch rege er an, den Personalbericht künftig wieder als Mitteilung in den AVR einzubringen, sodass er den Charakter eines formellen Beratungsgegenstandes erhalte. Der AVR wie auch der Unterausschuss Stellenplan befasse sich ohnehin kontinuierlich auch mit Personalthemen, sodass eine formelle Beratung angemessen sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass aus seiner Sicht nichts gegen eine Einbringung des Personalberichtes als Mitteilung in die nächste reguläre Sitzung des AVR spreche.

## **7.2 Nachfragen zur Vorlage 0889/2018, Erfahrungsbericht Vergabe 2014-2018 und neues Vergabekonzept 01.01.2019**

MdR Dr. Krupp stellt eine Nachfrage zur Vorlage 0889, „Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2014-2018 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2019“, was zu Beginn der heutigen Sitzung im gemeinsamen Einvernehmen zurückgestellt worden ist. Ihn interessieren insbesondere die beiden Veranstaltungen, die zusätzlich anlässlich des Finales der Handball-Champions League auf dem Heumarkt stattfinden sollen. Er wolle noch einmal nachfragen, ob er die Vorlage dahingehend richtig verstehe, dass es jeweils um eine Auftakt- und eine Schlussveranstaltung pro Finalveranstaltung gehe. Zudem möchte er beantwortet wissen, wie oft diese beiden Veranstaltungen insgesamt durchgeführt werden sollen.

Herr Schmaul ergreift für die Verwaltung das Wort und teilt mit, dass es sich um eintägige Opening-Veranstaltungen handle, von denen maximal zwei pro Jahr erlaubt sein sollen. Den missverständlichen Ausdruck Opening-Begleitveranstaltungen in der Vorlage bittet Herr Schmaul zu entschuldigen. De facto wird in den nächsten fünf Jahren nur das Finale der Handball-Champions League die Kriterien erfüllen, so dass nur jeweils eine Veranstaltung pro Jahr zum Tragen kommen wird. Zum Zeitpunkt der Einbringung der Vorlage hat die Durchführung einer weiteren Opening-Veranstaltungen auf dem Heumarkt noch zur Debatte gestanden, was jedoch im Kontext der im Februar 2019 auch in Köln ausgetragenen Handball-WM nun nicht erfolgen werde. Die Austragung anderer sportlicher Großveranstaltungen dieser Dimensionen in Köln sei in den nächsten fünf Jahren nicht zu erwarten, sodass in den nächsten fünf Jahren damit lediglich je eine solcher Opening-Veranstaltungen auf dem Heumarkt platziert werden solle.

MdR Dr. Krupp erkundigt sich danach, ob er Herrn Schmaul dahingehend richtig verstanden habe, dass das Finale der Handball-Champions League nun die nächsten fünf Jahre in Köln stattfinden werde.

Herr Schmaul antwortet, dass der europäische Handball-Verband das Finale in einem bestimmten Turnus vergebe und eine Bedingung der künftigen Vergabe die Ausrichtung einer solchen Opening-Veranstaltung sein könne. Insofern Köln eine solche Veranstaltung nicht ermögliche, sei auch eine Vergabe der weiteren Finals nach Köln fraglich.

Der Ausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

## 8 Anträge

### 8.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend "Bewachungsleistungen am Rheinboulevard durch die KGAB beauftragen" zur Sitzung vom 17.09.2018 AN/1324/2018

Der Vorsitzende erkundigt sich zunächst, ob Wortmeldungen der Verwaltung vorliegen. Dies ist nicht der Fall.

MdR Dr. Krupp ergreift das Wort und führt aus, warum seine Fraktion eine Beauftragung der KGAB mit der Bewachung des Rheinboulevards befürworte. Gerade die vor einigen Monaten zugeführte Verschmutzung des Rheinboulevards durch Graffiti verdeutliche die Notwendigkeit einer solchen Bewachung. Weiterhin sei seine Fraktion der Ansicht, dass es sich bei einer solchen Bewachung durch die KGAB um eine „Win-Win-Situation“ handle, da auf diese Weise sonst schwer in den Arbeitsmarkt zu integrierende Menschen hier durch die städtische KGAB wieder dem Arbeitsmarkt zugeführt werden.

Es sei Ende letzten Jahres im AVR durch die Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen der Prüfauftrag an die Verwaltung beschlossen worden, dass eine den städtischen Ordnungsdienst ergänzende Bewachung durch die KGAB im Hinblick auf personelle Kapazitäten und Möglichkeiten der flexiblen Einsatzrealisierung geprüft werden solle. Seiner Fraktion sei jedoch nicht bekannt, dass die Verwaltung diesem Prüfauftrag bisher nachgekommen sei. Aus diesem Grund würde es seine Fraktion begrüßen, wenn man in der heutigen Sitzung gemeinsam den vorgestellten Antrag der SPD-Fraktion beschließen könne.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller äußert, dass die Verwaltung einen Einsatz der KGAB an dieser Stelle für unwirtschaftlich und unverhältnismäßig halte. Man habe in einem Zeitraum von 1,5 Jahren lediglich ein unter größeren Aufwänden zu entfernendes Graffiti vorgefunden, ob dieses jedoch hätte verhindert werden können, sei eine andere Frage.

Er wolle an dieser Stelle nochmals in Erinnerung rufen, dass ein früherer Einsatz der KGAB auf dem Rheinboulevard ca. 400.000 Euro an Kosten verursacht habe. Etwas, im Zusammenhang mit der Sicherheit des Rheinboulevards Anfang 2017 bestehende Probleme habe man nach heutigem Stand im Griff. Zudem könne man seitens der Verwaltung jederzeit Maßnahmen nachsteuern, insofern sich die Situation auf dem Rheinboulevard verändern sollte. Aus diesem Grund sei eine weitere Bewachung des Rheinboulevards durch die KGAB nicht erforderlich, weshalb sich zum jetzigen Zeitpunkt weitere Verhandlungen mit der KGAB erübrigen.

Herr Büscher ergreift das Wort und teilt mit, dass die Verwaltung in einem anderen Zusammenhang mit der KGAB in Kontakt stehe. Ab dem Jahr 2019 greife eine neue Förderstruktur bei der KGAB, sodass die Verwaltung derzeit prüfe, ob und wo die KGAB ggf. als Bewachungskräfte unterstützen könnte. Zum jetzigen Zeitpunkt gebe es jedoch noch keine abschließenden Konkretisierungen dieser Überlegungen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller betont in diesem Zusammenhang, dass es bei den von Herrn Büscher vorgestellten Gesprächen zwischen der KGAB und der Verwaltung grundsätzlich um den Einsatz von Bewachungskräften ohne konkreten Bezug zum Rheinboulevard gehe.

MdR Dr. Elster erinnert daran, dass nach seinen Erkenntnissen lediglich ein Graffiti-Ereignis im Zusammenhang mit dem Rheinboulevard bekannt sei. Insofern die Ver-

waltung, durch dieses Ereignis veranlasst, nun mehrere 100.000 Euro ausgeben solle, so sei dies eine gewagte Begründung. Im Allgemeinen könnten etwaig eintretende Beschmutzungen vergleichbarer Art auf kostengünstige Art und Weise entfernt werden.

Man habe in dem von MdR Dr. Krupp angesprochenen Beschluss seitens der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen bekräftigt, dass ein Einsatz der KGAB für Bewachungsleistungen grundsätzlich denkbar sei. Jedoch müsse man hierfür Einsatzschwerpunkte wählen, die einen solchen Einsatz auch erfordern. Der Rheinboulevard erfordere einen solchen Bewachungseinsatz durch die KGAB zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Aus diesem Grund sei seine Fraktion derzeit nicht bereit, einer solchen Beauftragung der KGAB, wie im Antrag der SPD-Fraktion formuliert, zuzustimmen. Man könne jedoch darüber nachdenken, den Antrag der SPD-Fraktion vor dem Hintergrund der von Herrn Büscher angesprochenen Gespräche der Verwaltung mit der KGAB nochmals zurückzustellen und die Ergebnisse dieser Verhandlungen auch vor dem Hintergrund der neuen Förderstruktur bei der KGAB ab 2019 und der Änderungen im Bereich des SGB II abzuwarten. So könne zu einem späteren Zeitpunkt losgelöst von der derzeit nicht erforderlichen Bewachung des Rheinboulevards durch die KGAB im Allgemeinen geprüft werden, ob ein Einsatz der KGAB als unterstützende Bewachungsleistung notwendig ist. Hier befinde sich die Verwaltung durch die angesprochenen Gespräche mit der KGAB auf einem guten Weg, sodass die Notwendigkeit zum Beschluss eines solchen, von der SPD-Fraktion gestellten Antrages zum heutigen Zeitpunkt nicht notwendig sei.

MdR Richter bedankt sich für die bisherigen Ausführungen und führt aus, dass auch seine Fraktion eine Zurückstellung dieses Antrags vor dem Hintergrund der laufenden Gespräche zwischen der Verwaltung und der KGAB begrüße. Es müsse zunächst durchdacht werden, wo und mit welchen Aufgaben ein Einsatz der KGAB auf Kölner Stadtgebiet auch überhaupt sinnvoll sei. Aus diesem Grund könne man auch die laufenden Gespräche zwischen der Verwaltung und der KGAB abwarten. Eine derzeitige Notwendigkeit eines Einsatzes der KGAB auf dem Rheinboulevard sehe seine Fraktion nicht.

MdR Görzel teilt mit, dass seine Fraktion einen gemeinsamen Beschluss zu einem späteren Zeitpunkt begrüßen würde.

MdR Dr. Krupp ergreift erneut das Wort und gibt zu bedenken, dass seine Fraktion entgegen der von MdR Dr. Elster vorgebrachten Äußerungen die Verschmutzung des Rheinboulevards durch Graffiti nicht für eine einmalige Angelegenheit halte. Das Ereignis der Graffiti-Verschmutzung reihe sich in eine Reihe von Schwierigkeiten ein, denen der Rheinboulevard ausgesetzt sei. Er erinnert nochmals an den Beschluss der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Form eines Prüfauftrages an die Verwaltung, ob ein zum Ordnungsdienst ergänzender Einsatz der KGAB zur Bewachung des Rheinboulevards sinnvoll sei. Diesen Beschluss würden beiden Fraktionen scheinbar derzeit nicht mehr verfolgen.

Er wolle nochmals darauf hinweisen, dass es sich bei der KGAB um ein städtisches Unternehmen handle, das Langzeitarbeitslose wieder an den Arbeitsmarkt herantühre und dadurch, dass diese Menschen dann selbstständig für ihren Lebensunterhalt sorgen können, letztlich Sozialleistungen eingespart werden. Seine Fraktion sei daher und auch vor dem Hintergrund einer derzeit notwendigen Bewachung des Rheinboulevards nicht bereit, einer Zurückstellung ihres Antrages zuzustimmen.

MdR Frank äußert, dass er dieses Vorgehen der SPD-Fraktion nicht nachvollziehen könne, da alle Fraktionen scheinbar bereit seien, eine Lösung für einen künftigen Ein-

satz der KGAB zu treffen. Man müsse jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch die Verabschiedung des Bundesteilhabe- und Chancengesetzes abwarten, welches neue Finanzierungsmöglichkeiten offeriere. Er könne nicht verstehen, warum die SPD-Fraktion durch eine Zustimmung zur Zurückstellung die Chance nicht weiter offenhalte, in einer späteren Sitzung gar zu einer gemeinsamen, weitergehenden Beschlussfassung hinsichtlich des Einsatzes der KGAB als Bewachungskräfte zu gelangen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller weist darauf hin, dass sich der Antrag der SPD-Fraktion auf einen Bedarf zur weiteren Überwachung des Rheinboulevards beziehe. Dieser Bedarf werde durch die Verwaltung im Hinblick auf die Unverhältnismäßigkeit der sich ergebenden Kosten und der derzeitigen Sicherheitslage aktuell verneint.

Davon zu trennen sei die Frage, inwieweit die Verwaltung grundsätzlich Möglichkeiten hat, von den angebotenen Leistungen ihrer eigenen Tochtergesellschaft KGAB im Kontext der Arbeitsmarktförderung Gebrauch zu machen. Ein Einsatz der KGAB sei in verschiedenen Dienstleistungen möglich. Ein Einsatz als Bewachungskräfte sei nur eine mögliche Variante, wobei sich dies grundsätzlich nicht auf die konkrete Sicherheitslage am Rheinboulevard beziehen sollte.

Deshalb spreche auch aus Sicht der Verwaltung nichts dagegen, den konkreten Antrag der SPD-Fraktion hier zurückzustellen und die Frage nach einem grundsätzlichen Einsatz der KGAB im Auftrag der Stadt Köln auch in anderen zu beteiligenden Ausschüssen weiter zu verfolgen. Insgesamt sei die Verwaltung in einem kontinuierlichen Austausch mit der KGAB, sodass etwaige, sich entwickelnde Vorschläge zu späteren Zeitpunkten in die Ausschüsse eingebracht werden könnten.

Der Vorsitzende erkundigt sich bei der SPD-Fraktion, ob die heutige Abstimmung weiterhin gewünscht werde.

MdR Dr. Krupp teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese weiterhin aufgrund ihrer vorgebrachten Argumentation die heutige Abstimmung wünsche.

Nach dieser inhaltlichen Diskussion lässt der Vorsitzende den Ausschuss über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

### **Beschluss:**

Der AVR beschließt:

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales stellt den Bedarf zur weiteren Überwachung des Rheinboulevards fest.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Zusammenarbeit mit der inhousefähigen Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) am Rheinboulevard unverzüglich wieder aufzunehmen und somit wieder eine durchgängige Bewachung am Rheinboulevard sicherzustellen.
3. Die Maßnahme soll nach Ende 2019 erneut evaluiert und das Ergebnis den zuständigen Gremien vorgestellt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion sowie Enthaltung der Fraktion DieLinke abgelehnt.

## **9 Platzvergaben**

### **9.1 Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2014 - 2018 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2019 0889/2018**

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt MdR Dr. Elster vor, die Vorlage zurückzustellen. Hintergrund sei, dass seitens der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf in Bezug auf den TOP 9.1 „Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2014-2018 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2019“ auch im Hinblick der bereits in den Bezirksvertretungen stattgefundenen Beratungen bestehe.

MdR Richter teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls eine Zurückstellung begrüßen würde.

#### **Beschluss:**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **10 Allgemeine Vorlagen**

### **10.1 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2019 - 31.12.2021 1616/2018**

#### **Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW, die Fortführung der „Regionalagentur Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2019 - 31.12.2021.

Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik sowie aus Eigenmitteln der Stadt Köln sowie der beteiligten Kreise und der Stadt Leverkusen.

Im Hpl.-Entwurf 2019 und der ihm beigefügten Mittelfristplanung sind im Teilergebnisplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus – die entsprechenden Erträge in den Teilplanzeilen 2 – Zuwendungen und allg. Umlagen – und 6 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen – sowie die Aufwendungen in den Teilplanzeilen 11 – Personalaufwendungen - , 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – und 16 – sonstigen ordentliche Aufwendungen – veranschlagt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **10.2 Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif 2420/2018**

**Änderungsantrag zu TOP 10.2: Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif (2420/2018)  
AN/1585/2018**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu TOP 10.2 ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vorliege.

MdR Dr. Elster ergreift das Wort und äußert, dass der Änderungsantrag primär nichts mit der Erhöhung bzw. der Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif zu tun habe. Dennoch sei das Stellen des Änderungsantrags zum jetzigen Zeitpunkt angesichts der Diskussionen um Dieselfahrzeuge sinnvoll, da es sich bei Taxen in der Regel um Dieselfahrzeuge handle.

Es sei grundsätzlich wünschenswert, bereits mehr Elektrofahrzeuge als Taxen einsetzen zu können, wozu es auch seitens der Stadt Köln Möglichkeiten gebe, dies zu fördern. Insbesondere könne so die Auflade-Infrastruktur gefördert werden. Auch könne die Stadt Köln verantwortliche Akteure auf EU-, Bundes- und Landesebene kontaktieren, um bei der sukzessiven Umstellung der Kölner Taxiflotte auf Elektromobilität oder andere alternative schadstoffarme Energieträger Unterstützung zu erfahren.

MdR Richter bedankt sich für die vollumfängliche Begründung des Änderungsantrags der CDU-Fraktion. Er wolle sich seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jedoch auch zur eigentlichen Vorlage äußern, der seine Fraktion zustimmen werde. Zwischen der letzten Erhöhung vor 3,5 Jahren und der nun beabsichtigten Erhöhung des Taxitarifes um 5,9% auf der Durchschnittsstrecke (7 Km. + Wartezeiten 4 min.) liege der gestiegene Mindestlohn sowie die Erhöhung anderer miteinzukalkulierender Kosten. Dennoch sei weiterhin die bereits im letzten Taxigutachten verdeutlichte Problematik aktuell, dass es schlicht zu viele Taxen im Kölner Stadtgebiet gebe. Hier seien auch die Bemühungen der Verwaltung bei den ohnehin seltenen Neuvergaben der Taxikonzession überwiegend ergebnislos.

Seine Fraktion interessiere sich zudem dafür, ob die Erhöhung des Mindestlohnes hinsichtlich der nun beabsichtigten Erhöhung des Taxitarifes um 5,9% auf der Durchschnittsstrecke (7 Km. + Wartezeiten 4 min.) damit auch unmittelbar für die Taxifahrerinnen und -fahrer bemerkbar sei. Insofern der Verwaltung Erkenntnisse hierzu vorliegen, sollten diese mitgeteilt werden. Hintergrund seiner Nachfrage sei die vor einigen Wochen erfolgte Überprüfung der nicht selbstständigen Taxifahrer durch den deutschen Zoll auf die Einhaltung des Mindestlohnes, die auch in der Kölner Presse entsprechend publiziert worden sei. Da die Einhaltung des Mindestlohnes ein wichtiger Aspekt sei, seien auch Erkenntnisse zur Einhaltung dessen bei Nachtzuschlägen wünschenswert.

Zudem bittet seine Fraktion die Verwaltung um Mitteilung des Sachstandes diesbezüglich, wie sich die Entwicklung der Mietwagenfrequentierung im Vergleich zu den nicht reduzierten Taxi-Lizenzen verhalte.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller antwortet, dass die von MdR Richter angesprochenen Fragen schriftlich durch die Verwaltung beantwortet werden.

MdR Dr. Krupp äußert sich ebenfalls zur Vorlage der Änderungsverordnung des Kölner Taxitarifes, die in der SPD-Fraktion kontrovers diskutiert worden sei. Dennoch werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen, da die Verwaltung nachvollziehbar dargelegt habe, woraus sich der geltend gemachte Erhebungsbedarf zusammensetzt und die Erhöhung insgesamt noch maßvoll sei.

Ebenso werde die SPD-Fraktion auch dem Änderungsantrag zustimmen. Eine Prüfung möglicher Subventionen für Elektrofahrzeuge halte er für schwierig, jedoch solle diese dennoch nach Möglichkeit erfolgen. Im Allgemeinen stünden dem Taxigewerbe

auch vor dem Hintergrund anderer mobiler Dienstleistungen wie beispielsweise Car-sharing oder Uber schwierige Zeiten bevor, sodass eine Lösung dieser übergeordneten Fragen nicht alleine auf Kölner Ebene gesucht werden könne.

Auch wenn sicherlich niemand eine Erhöhung der Kölner Taxitarife begrüße, sei diese insgesamt für das Funktionieren dieses Teils des ÖPNV jedoch notwendig, sodass seine Fraktion der nachvollziehbar dargelegten Vorlage zustimme.

MdR Görzel ergreift das Wort. Die FDP-Fraktion werde dieser Vorlage nicht zustimmen, auch wenn die wirtschaftliche Lage der Taxiunternehmen durchaus für seine Fraktion von Relevanz sei. Er sei der Ansicht, dass das Kölner Taxigewerbe hier die Forderung nach Qualitätsoptimierungen der Taxiunternehmen und insbesondere der einzelnen Taxifahrten nicht erfüllt habe. In der Vergangenheit sei auch im AVR mit der Diskussion um die Erhöhungen der Kölner Taxitarife die Forderung nach Qualitätssteigerungen der einzelnen Taxifahrten verbunden gewesen. Hier bestehe nach wie vor deutliches Optimierungspotential, was beispielsweise die Freundlichkeit, die Sprachqualität, die schnelle Navigation von Zielen oder andere Qualitätsparameter betreffe.

Leider könne er dieser Vorlage keinerlei Anhaltspunkte dafür entnehmen, dass die Verwaltung um die Verbesserung des Rufes des Taxigewerbes bemüht sei. Dies bedauere die FDP-Fraktion, weshalb diese der eigentlichen Vorlage nicht zustimmen könne.

Nach dieser inhaltlichen Diskussion lässt der Vorsitzende zunächst über den Änderungsantrag zum Kölner Taxitarif (AN/1585/2018) abstimmen:

**Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag wird am Ende durch den folgenden Absatz ergänzt:

*Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, wie der Umstieg von Taxiunternehmen auf E-Fahrzeuge im Gebiet der Stadt Köln gefördert und gefordert werden kann. Insbesondere sind dabei die Anforderungen an die Infrastruktur zur Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Taxibetriebes im Stadtgebiet sowie Fördermöglichkeiten für die Umstellung der Taxiflotte auf Elektromobilität durch EU, Bund und Land zu betrachten.*

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Darüber hinaus lässt der Vorsitzende den Ausschuss über die Vorlage in geänderter Fassung abstimmen:

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für die in der Stadt Köln zugelassenen Taxis -Kölner Taxitarif - gemäß Anlage 1.

*Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, wie der Umstieg von Taxiunternehmen auf E-Fahrzeuge im Gebiet der Stadt Köln gefördert und gefordert werden kann. Insbesondere sind dabei die Anforderungen an die Infrastruktur zur Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Taxibetriebes im Stadtgebiet sowie Fördermöglichkeiten für die Umstellung der Taxiflotte auf Elektromobilität durch EU, Bund und Land zu betrachten.*

**Abstimmungsergebnis über die geänderte Vorlage:**

Bei Gegenstimme der FDP-Fraktion mehrheitlich zugestimmt.

### **10.3 Überplanmäßige Aufwendungen und überplanmäßige Auszahlungen im Haushaltsjahr 2018 - Teilplan - 0209 Ausländerangelegenheiten 2878/2018**

#### **Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und die überplanmäßige Bereitstellung investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2018 für den Teilplan 0209 des Ausländeramtes:

1. Im Teilergebnisplan 0209 – Ausländerangelegenheiten – überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 260.000 EUR in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie in Höhe von 635.000 EUR in der Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen.  
Die vorläufige Deckung der Mehraufwendungen in Höhe von 895.000 EUR erfolgt sowohl durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen in Höhe von 150.000 EUR im Teilergebnisplan 0104 – IT- und Kommunikationsdienste – Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen als auch durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen in Höhe von 745.000 EUR im Teilergebnisplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.
2. Investive Mehrauszahlungen in Höhe von 70.000 EUR im Teilfinanzplan 0209 – Ausländerangelegenheiten, Teilplanzeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-0209-0-0001 - Beschaffung bewegl. Anlagevermögen.

Die Deckung erfolgt im Haushaltjahr 2018 durch entsprechende investive Minderauszahlung im Teilfinanzplan 0205 – Verkehrsüberwachung, Teilplanzeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, Finanzstelle 0000-0205-0-0100 - Beschaffung KFZ Verkehrsdienst.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **10.4 Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 2816/2018**

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt MdR Dr. Elster vor, die Vorlage zurückzustellen. Hintergrund sei, dass noch ein erweiterter Beratungsbedarf seitens der CDU-Fraktion bestehe.

#### **Beschluss:**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.



## **10.5 Umsetzungsbericht zum Diversity Konzept „2020: Köln liebt Vielfalt“ 2905/2018**

Herr Spröde weist auf den Passus 5 dieser Vorlage hin und teilt mit, dass eine Vielzahl von Unternehmen mittlerweile bei Stellenausschreibungen an Männer, Frauen und Divers gerichtet ausschreibe. In jenem Passus 5 dieser Vorlage heiße es aber hier noch „Die Stadt Köln fördert die Gleichstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter usw.“. Zudem würden im selben Kontext Männer und Frauen um eine Bewerbung gebeten. Wenn die Stadt Köln hier schon ein Diversity-Konzept erstelle, so solle man in diesem gezielt auch Divers ansprechen, um sinnvoll und stringent zu handeln.

MdR Richter teilt mit, dass er zwei Nachfragen zum Bericht habe. Zum einen seien auf Seite 6 des Berichtes die ersten Erfahrungen zum Umgang mit anonymisierten Bewerbungsverfahren im Dezernat V dargestellt und es werde auch der Wissensaustausch mit anderen Kommunen angesprochen. An dieser Stelle solle die Verwaltung heute gerne einige mündliche Erläuterungen treffen.

Zum anderen erkundigt sich MdR Richter zu etwaigen Rückmeldungen bzw. Feedback zu den Schulungen für Führungskräfte im Bereich Diversity.

Herr Beigeordneter Dr. Rau antwortet bezogen auf die erste, von MdR Richter aufgeworfene Frage, dass im Dezernatsbüro des Dezernates V mit der Einführung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens begonnen worden sei, wozu man auch im interkommunalen Erfahrungsaustausch mit anderen Verwaltungen stehe. Die ersten konkreten Bewerbungsverfahren in anonymisierter Form stünden nun unmittelbar bevor.

Bezogen auf die Frage nach etwaigen Rückmeldungen bzw. Feedback zu den Schulungen für Führungskräfte im Bereich Diversity seien unterschiedliche Rückmeldungen zu verzeichnen. Teilweise handle es sich für einige um eine nicht sehr willkommene Pflichtaufgabe. Hieraus ergebe sich insbesondere nun der Handlungsbedarf seitens der Verwaltung, für solche Schulungen zu motivieren, um die Vielfalt als Chance und Bereicherung wahrnehmen zu können und sich freiwillig mit ihr zu beschäftigen. Man müsse weg von einer Wahrnehmung als zusätzliche Pflichtaufgabe, weshalb man im Dezernat V nun auch die Vorreiterrolle übernehme. Schließlich seien mit dem Thema Diversity stets interessante Fragen, Austausche und Erkenntnisse verbunden. Ein entsprechender Motivationsprozess sei zwar sicherlich mühsam und keineswegs selbstverständlich, jedoch sei er grundsätzlich guten Mutes, dass die Motivation stetig zunehmen werde.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Beigeordneten Dr. Rau und der Verwaltung für die gute Vorarbeit zum Umsetzungsbericht. Die von Herrn Spröde getroffenen Anregungen sollten durch die Verwaltung jedoch berücksichtigt werden, sodass man heute den Entwurf zur Kenntnis nehme und in einem zweiten Teil der Beschlussempfehlung die Verwaltung beauftrage, den Ausbau von Diversity-Management und interkultureller Öffnung der Verwaltung als Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung voranzutreiben und zu etablieren.

Herr Hegenbarth bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung für den Umsetzungsbericht zum Diversity-Konzept und begrüßt insbesondere den Gedanken der anonymisierten Bewerbungen. In der Vergangenheit sei dieses Thema bereits einmal Gegenstand einer Anfrage im AVR gewesen, was jedoch nicht auf positives Feedback gestoßen sei.

Er wolle im Zusammenhang mit den anonymisierten Bewerbungen auch auf die im Ausschuss für Soziales und Senioren geführte Diskussion eingehen, wo einige Missverständnisse aufgekommen seien. Die anonymisierte Bewerbung umfasse nur einen

gewissen Teil des Bewerbungsverfahrens und gerade nicht das gesamte Verfahren. Er bitte Herrn Beigeordneten Dr. Rau hierzu, dies nochmals kurz zu erläutern.

Herr Beigeordneter Dr. Rau führt aus, dass nur die erste Runde im Bewerbungsverfahren anonym durchgeführt werden solle. Konkret bedeute dies beispielsweise, dass bei der Bearbeitung der eingehenden Bewerbungen Angaben, die Rückschlüsse auf die geschlechtliche Identität zulassen, geschwärzt werden. Nach einer erfolgten Erstauswahl anhand dieser anonymisierten Daten komme es dann zu einer Vorstellungsrunde, wo die Menschen sodann nicht mehr anonym auftreten. Es gehe somit um eine anonymisierte Erst-Selektion.

Nach dieser inhaltlichen Diskussion lässt der Vorsitzende über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt den Umsetzungsbericht des Diversity Konzeptes „2020: Köln l(i)ebt Vielfalt“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage den Ausbau von Diversity-Management und Interkultureller Öffnung als Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung voranzutreiben und zu etablieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 2. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung  
3242/2018**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die 2. Änderung der Abfallsatzung in der in Anlage 2 beigefügten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv hier; Verlängerung  
des Verzichts der Stadt Köln auf die Einrede der Verjährung gegenüber  
den Leih-, Vor- und Nachlassgebern des Historischen Archivs  
3298/2018**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den gegenüber den Leih-, Vor- und Nachlassgebern des Historischen Archivs am 10.11.2016 erklärten Verjährungsverzicht bis Ende 2020 zu verlängern.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (SteB); Abwassergebührensatzung 2019  
3214/2018**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2019 (Anlage 2) zur Kenntnis.
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen - für das Haushaltsjahr 2018  
3455/2018**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen gem. § 83 GO NW in Höhe von insgesamt 2.922.000 € im Teilplan 0106 - Zentrale Dienstleistungen in der Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 2.512.000 € und in der Teilplanzeile 16 - sonstige ordentliche Aufwendungen mit 410.000 € im Haushaltsjahr 2018.

Die Deckung dieser Mehraufwendungen erfolgt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0801 - Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten in der Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 96.500 € und in der Teilplanzeile 16 - sonstige ordentliche Aufwendungen mit 9.200 €, im Teilergebnisplan 0701 - Gesundheitsdienste in der Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 20.900 € sowie im Teilergebnisplan 1601 - Allgemeine Finanzwirtschaft in Teilplanzeile 20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen mit 2.795.400 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.10 Überplanmäßige Aufwendungen in den Teilergebnisplänen 0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung, 0202 – Gewerbewesen, 0204 – Verkehrs- und KFZ-Wesen, 0205 – Verkehrsüberwachung im Haushaltsjahr 2018  
2934/2018**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2018 für die folgenden Teilergebnispläne des Amtes für öffentliche Ordnung:

1. Im Teilergebnisplan 0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen in Höhe von 140.000 EUR in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie zahlungswirksame Aufwendungen in Höhe von 100.000 EUR und nicht zahlungswirksame Aufwendungen in Höhe von 475.000 EUR in der Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen.
2. Im Teilergebnisplan 0202 – Gewerbewesen überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 41.000 EUR in der Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen.
3. Im Teilergebnisplan 0204 – Verkehrs- und KFZ-Wesen überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 120.000 EUR in der Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen.
4. Im Teilergebnisplan 0205 – Verkehrsüberwachung überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 360.000 EUR in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie in Höhe von 750.000 EUR in der Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen.

Die vorläufige Deckung der Mehraufwendungen in den Teilergebnisplänen 0201, 0204 und 0204 in einer Gesamthöhe von 1.945.000 EUR erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft – Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Die Deckung der zahlungswirksamen Mehraufwendungen im Teilergebnisplan 0202 – Gewerbewesen 0202 – erfolgt teilplanintern durch zahlungswirksame Mehrerträge in gleicher Höhe in der Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.11 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren  
3244/2018**

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt MdR Dr. Elster vor, die Vorlage zurückzustellen. Hintergrund sei, dass seitens der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe.

MdR Richter ergänzt ebenfalls vor Eintritt in die Tagesordnung, dass ggf. auch eine Behandlung in der Sondersitzung denkbar sei.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.12 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren  
3254/2018**

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt MdR Dr. Elster vor, die Vorlage zurückzustellen. Hintergrund sei, dass seitens der CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe.

MdR Richter ergänzt ebenfalls vor Eintritt in die Tagesordnung, dass ggf. auch eine Behandlung in der Sondersitzung denkbar sei.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

gez. Bernd Petelkau  
Vorsitzender

gez. Janina Schuster  
stellv. Schriftführerin